

DIE PLU|RA|LISTI|SCHE GESELLSCHAFT UND IHRE FEINDE



**21. KARLSRUHER
GESPRÄCHE**
03. – 05. MÄRZ 2017

Hier beginnt Baden



BNN BADISCHE
NEUESTE
NACHRICHTEN

Anzeigen-Sonderveröffentlichung, 24. Februar 2017



Die alte Offenheit und neue Feinde

INTERNATIONALE TAGUNG IN KARLSRUHE: Steht die pluralistische Gesellschaft unter Druck?

Alternative Fakten eines US-Präsidenten, Abspaltung einer großen europäischen Nation von der EU, Verdrossenheit und Misstrauen gegenüber Eliten – aktuelle Geschehnisse scheinen das Ende einer multilateralen Idee einzuläuten: Die pluralistische Gesellschaft gerät in Bedrängnis – sei es durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und den entsprechenden Populismus.

Ist die offene Gesellschaftsform in Gefahr? Wird die Kultur persönlichen Respekts durch Populismus ersetzt? Und was ist zu tun, wenn es wie derzeit zur innergesellschaftlichen Polarisierung kommt? Die 21. Karlsruher Gespräche „Die pluralistische Gesellschaft und ihre Feinde“ bringen ausgewiesene Experten, Kulturschaffende und Aktivisten aus vielen Ländern und Kulturen zusammen, um die Zukunft einer Gesellschaft in Vielfalt kontrovers zu diskutieren. „Wir wollen durch Anregung und Intensivierung des gesellschaftlichen Dialogs und durch die Infragestellung gängiger Denkweisen die Suche nach neuen Wegen fördern“, sagt Professorin Dr. Caroline



Neue Sichtweisen: Diskussionsrunde bei den 20. Karlsruher Gesprächen.

Foto: ZAK

Y. Robertson-von Trotha, wissenschaftliche Leiterin der dreitägigen internationalen Veranstaltung.

Am Eröffnungsabend am 3. März um 19.30 Uhr spricht im Audimax des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Professor Dr. Zlatko Lagumdžija, ehemaliger Premierminister von Bosnien und Herzegowina, Mitglied des Club de Madrid und Gründer der

Stiftung Shared Societies and Values, zum Thema „Pluralismus und seine Feinde. Herausforderungen für Gesellschaften des Miteinanders“. Um die Fragen, wie viel Gegensätzlichkeit eine offene Gesellschaft aushält und wer die alten und neuen Feinde des Pluralismus sind, geht es beim öffentlichen Symposium am 4. März ab 9.30 Uhr in der IHK Karlsruhe. Inter-

nationale Gäste u. a. aus Großbritannien, Polen, der Türkei und den USA diskutieren über Demokratie und Pressefreiheit, Extremismus und Populismus. Im Vordergrund der Podiumsdiskussion am 5. März um 11 Uhr in der IHK steht das Thema „Was tun? Gedanken und Erfahrungen zum Schutz der pluralistischen Gesellschaft“. Moderiert von Markus Brock (3sat, SWR) diskutieren der Eröffnungsdiskussion Professor Dr. Zlatko Lagumdžija, der südafrikanische Dramaturg Mike van Graan, Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, sowie eine Vertreterin der UNESCO Paris. Die Karlsruher Gespräche werden ergänzt durch kulturelle Veranstaltungen, die künstlerische Sichtweisen in den Diskurs einbringen. Die Vorträge, Diskussionen und Kulturveranstaltungen richten sich an alle Interessierten. Der Eintritt ist bis auf die szenische Lesung frei. Karten hierfür sind beim Badischen Staatstheater Karlsruhe erhältlich. Eine Anmeldung zum Eröffnungsabend und zur Lesung ist erforderlich. Infos unter www.zak.kit.edu/karlsruher_gespraech.

Soziales und kulturelles Engagement steht bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg im Fokus. Martin Hettich, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg spricht über die Förderung der Karlsruher Gespräche und was pluralistische Gesellschaft bedeutet.

■ **Seit 2005 unterstützt die Stiftung Bildung und Soziales der Sparda-Bank Baden-Württemberg die Karlsruher Gespräche. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit und können Sie ein Fazit ziehen?**

Martin Hettich: Es erfüllt uns mit Stolz, dass wir als Förderer zu diesem Austausch Jahr für Jahr beitragen dürfen. Die Stiftung Bildung und Soziales

Gemeinsam sind wir mehr

MARTIN HETTICH: Öffentlicher Diskurs unabdinglich

ist eine von vier Stiftungen der Sparda-Bank Baden-Württemberg, die sich um die Bedürfnisse und Belange der Gesellschaft bei uns in Baden-Württemberg kümmert. Der öffentliche Diskurs und Austausch über brandaktuelle Themen zwischen Kultur, Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft halte ich heute für bedeutender denn je. Dass wir mit der Stiftung Bildung und Soziales der Sparda-Bank Baden-Württemberg zu diesem Diskurs seit 2005 beitragen durften, freut uns ungemein.

■ **Im Mittelpunkt der Karlsruher Gespräche steht die pluralistische Gesellschaft – und ihre Feinde. Was ist für Sie eine pluralistische Gesellschaft? Wo sehen Sie Gefahren, wo Herausforderungen für unsere Zukunft?**

Eine pluralistische Gesellschaft ist für uns eine Gesellschaft voller Vielfalt, Toleranz, Mitgefühl und dezentraler Machtverhältnisse. Eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion gewürdigt werden. Eine Gesellschaft, in der das Äußere unterschiedlicher Meinungen nicht nur gegeben, sondern erwünscht ist.

Überall in der Welt gibt es Krisen, Terrorismus, Islamfeindlichkeit, EU-Feindseligkeit, Rechtsradikalität, die Bestrafung von Andersdenkenden oder



Martin Hettich, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg. Foto: pr

das Verbreiten von Fake-News und populistischen Parodien – all das trägt nicht gerade zu einer offenen Demokratie, zu Nächstenliebe, Meinungsfreiheit oder zum Schutz von Minderheiten bei. Das sind Entwicklungen, die einer pluralistischen Gesellschaft entgegenwirken. Damit ist der (an das von dem Philosophen Karl Popper 1945 veröffentlichte Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ angelehnte) Titel der diesjährigen Karlsruher Gespräche heute aktueller und relevanter denn je. Wir müssen an den Werten ei-

ner pluralistischen Gesellschaft festhalten und dafür kämpfen. Dazu gehört auch unabhängig der öffentliche Diskurs und Austausch von Meinungen.

■ **Die Sparda-Bank unterstützt das soziale und kulturelle Leben in sehr vielfältiger Weise. Werden Sie sich weiterhin in der Fächerstadt engagieren?**

Die Stiftung der Sparda-Bank Baden-Württemberg sieht sich als Impulsgeber, der aufmerksam macht, Chancen ermöglicht und Türen öffnet. Hinsehen und anfangen, gepackt werden und anpacken, so ist es uns mit vielen Projekten in Baden-Württemberg gegangen – so auch mit den Karlsruher Gesprächen. Getreu unseres Slogans „Gemeinsam sind wir mehr als eine Bank“ sind Gemeinschaft und Verantwortung für die Sparda-Bank Baden-Württemberg keine leeren Worthülsen, sondern ein wichtiger Teil ihres Selbstverständnisses. Diese Verantwortung übernehmen wir selbstverständlich auch weiterhin in Karlsruhe – dem Gründungs-

ort der Sparda-Bank. Das Projekt „RisingStars!“ oder das Sparda Künstlerpodium mit der Musikhochschule Karlsruhe, das Projekt „School goes Biomotion“ oder die Basketballer KIT SC Gequos in Kooperation mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT), der Schulförderwettbewerb Sparda-Impuls, die Medienkompetenz-Initiative SpardaSurfSafe oder der Kita-Wettbewerb „Baumentdecker im Ländle“ in Kooperation mit dem WWF Deutschland – all das sind Projekte, die von uns in Karlsruhe gefördert werden.



Wege zur Gesellschaft des Miteinanders

PLURALISMUS BEWAHREN: Ehemaliger Premier von Bosnien und Herzegowina eröffnet Karlsruher Gespräche

Staaten im Krieg, mitten in Europa: Vor gut 20 Jahren war der Balkan Schauplatz nationaler, religiöser und ethnischer Auseinandersetzungen. Umso erfreulicher ist es, dass bei der Eröffnung der Karlsruher Gespräche in diesem Jahr der ehemalige Premierminister Bosnien und Herzegowinas, Prof. Dr. Zlatko Lagumdžija, über Frieden, Demokratie und Pluralismus sprechen wird.

Der studierte Informatiker war während des Bosnienkrieges von 1992 bis 1993 Vizepremier. Anschließend, sowie erneut von 2001 bis 2002, bekleidete er das Amt des Mi-



Prof. Dr. Zlatko Lagumdžija.

Foto: privat

nisterpräsidenten. Von 2001 bis 2003 war er zudem bosnischer Außenminister. Der ab Februar 2012 amtierenden Regierung von Ministerpräsident Vjekoslav Bevanda gehörte er erneut als Außenminister an.

Mit der Frage, wie Pluralismus bewahrt werden kann, setzt sich Lagumdžija auch als Mitglied der internationalen Organisation Club de Madrid auseinander. Im Rahmen dieses Netzwerks entfalten Lagumdžija und über 100 ehemalige Staatspräsidenten und Premierminister, darunter etwa der ehemalige US-Präsident Bill Clinton und der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, Ideen und Konzepte für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzungen. Im Jahr 2014 rief Lagumdžija zudem die Stiftung Shared Societies and Values ins Leben, deren Ziel die Stärkung gemeinsamer Werte ist, insbesondere in den Balkanstaaten. „Wir wollen eine Brücke bauen, eine Einheit in der Vielfalt bilden. Die Welt soll ein sicherer Ort für Diversität sein“, beschreibt Lagumdžija sein Ziel. Lagumdžija spricht am 3. März um 19.30 Uhr im Audimax des KIT. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist erforderlich im Internet unter www.zak.kit.edu.

Rassisten im Anmarsch

EXTREMISMUS: Osteuropa und die Xenophobie

Professor Dr. Rafał Pankowski ist polnischer Politologe, Extremismus-Experte und Mitgründer der Initiative „Nigdy Więcej“ (Nie wieder), die rassistische Fankultur und rechtsextreme Vorfälle in Osteuropa dokumentiert. Wir sprachen mit ihm über Rassismus im Stadion, Hass auf Flüchtlinge und ein polnisches Paradoxon.

■ **Ist die extreme Rechte in Osteuropa auf dem Vormarsch?**

Durch ganz Europa scheint ein rechter Ruck zu gehen. Rassistisches Gedankengut verbreitet sich überall. Bedingt durch die relativ junge demokratische Kultur trifft es die osteuropäischen Gesellschaften jedoch spürbarer. Wir bei „Nigdy Więcej“ beobachten seit 1996 diese Entwicklung und wissen: Rassismus ist kein neues Phänomen. Allerdings explodiert die rassistische Stimmungsmache seit Sommer 2015. Die Flüchtlingskrise wird zum Vorwand für Stereotypenbildung und für rassistische und xenophobe Parolen. Diese Erscheinung ist erstaunlich: In Polen etwa gibt es kaum Flüchtlinge.

■ **Während in Westeuropa vor allem Ältere den Rechtspopulisten**

zuhören, ist in Polen und Osteuropa der Populismus für Jugendliche attraktiv. Warum?

Das ist die traurigste Erkenntnis der Entwicklung, und eine sehr schwierige Frage. Die Annahme, dass eine junge Generation automatisch tolerant, demokratisch und offen ist, hat sich als falsch erwiesen. Teilweise sind die jungen Menschen sogar weniger tolerant als ihre Eltern oder Großeltern. So sind in Polen vor allem 18- bis 25-Jährige gegen die Aufnahme von Flüchtlingen! Die Gründe dafür sind vielfältig: Die oft genannte Perspektivlosigkeit und ökonomische Angst gehören sicher dazu, sind aber bestimmt nicht die einzigen Ursachen. Vielmehr handelt es sich im Kern um die Angst, die eigene nationale Identität zu verlieren. Darüber hinaus ist die Protestsprache sehr national geladen. Hinzu kommt, dass rassistische Äußerungen durch Social Media angefeuert und verbreitet werden.

■ **Warum ist der Rechtsextremismus in der osteuropäischen Fußball- und Fankultur verbreitet?**

Fankulturen vermitteln ein Gefühl von Gemeinschaft. Gleichzeitig sind viele dieser Fankulturen von rechtsextremen Gruppen unterwandert. Durch die Fußball-EM 2012 verbesserte sich die Stimmung etwas. Doch das Problem kommt wieder – auch weil die Clubs es nicht oder kaum thematisieren. Es ist erstaunlich, dass in den Ländern, die mitunter auf meisten unter der Naziherrschaft gelitten haben, in den Stadien „Sieg Heil“ gerufen wird.

■ **Vom Stadion in den Salon: Ist das ultrarechte, rassistische Gedankengut gesellschaftsfähig geworden?**

Die Gesellschaft und ihre Ansichten haben sich verschoben. Hassreden sind weit verbreitet, Rassismus wird nicht als inakzeptabel thematisiert. Dass die pol-



Größtes Gut einer pluralistischen Gesellschaft ist ihre Vielfalt.

Foto: © fcv5/Adobe Stock

nische Gesellschaft in dieser Hinsicht ein Negativbeispiel darstellt, ist ein historisches Paradoxon: Polen war bis zum Zweiten Weltkrieg das am stärksten multikulturell geprägte Land Europas und wurde erst in den letzten 60 Jahren zur Monokultur. Polen braucht jedoch die Heterogenität.

■ **Das Thema der Karlsruher Gespräche ist die pluralistische Gesellschaft. Was bedeutet das für**

Sie und wer sind Ihrer Meinung nach Feinde dieser Gesellschaft?

Das größte Gut einer pluralistischen Gesellschaft ist ihre Vielfalt und Freiheit. Jeder, der eine kulturelle Homogenität predigt, baut auf den Visionen des Faschismus, der – wie es scheint – nie verschwunden ist.

Bei den 21. Karlsruher Gesprächen spricht Professor Dr. Rafał Pankowski beim Symposium am 4. März.

Impressum

21. Karlsruher Gespräche
Eine Anzeigenonderveröffentlichung der Badischen Neuesten Nachrichten vom 24. Februar 2017.

Redaktion: Franzi Pasternack und Tobias Roth; mit Beiträgen von Anna Moosmüller, Jessica Vökel und Marco Ianniello
Anzeigenleitung: Ulf Spannagel
Titel: Sahar Aharoni

Politik im Privatleben

Szenische Lesung „Safe Places“ von Falk Richter
Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Krisen treffen in „Safe Places“ persönliche Geschichten auf gesellschaftliche Themen. Private sowie politische Strategien werden im Umgang mit den Herausforderungen einer offenen Gesellschaft in Europa untersucht. Wie reagieren wir auf Ausbrüche von Fremdenfeindlichkeit und nationalistischer Selbstbehauptung? Ist die Suche nach einer gemeinsamen europä-

ischen kulturellen Identität die richtige Antwort oder eine Falle, die die Frage nach Grenzziehungen nur verschiebt? Im Rahmen der Karlsruher Gespräche setzen Mitglieder des Schauspielensembles das Stück von Falk Richter am 5. März um 17.30 Uhr im STUDIO des Badischen Staatstheaters Karlsruhe um. Anschließend findet ein Publikumsgespräch statt. Karten sind für 5 Euro beim Badischen Staatstheater erhältlich.



Professor Dr. Rafał Pankowski. Foto: privat



Sanierungsfall Europa

REFORM DER EU: Politik nimmt Abschied von der solidarischen Gemeinschaft



Europäische Baustelle: Die Union steckt in einer tiefen Krise.

Foto: EU-Kommission

Die Sätze klingen aktuell: „Der europäische Einigungsprozess ist an einen kritischen Punkt seiner Entwicklung gelangt“, heißt es in dem Papier mit der Überschrift „Überlegungen zur europäischen Politik“. Zwei Autoren

formulieren darin ihre Sorge um das Auseinanderdriften der Europäischen Union. Der Text liest sich wie eine Zustandsbeschreibung der EU im Jahr 2017 – ist aber schon über 20 Jahre alt. Die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble

und Karl Lamers hatten diese Überlegungen 1994 veröffentlicht. Damals hatte die EU zwölf Mitglieder, bezahlt wurde hierzulande noch mit D-Mark. Schäuble und Lamers sahen die größten Probleme der EU in unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten, in einem Kompetenzgerangel zwischen Hauptstädten und europäischen Institutionen sowie einer immer stärker zunehmenden Migration, die als Bedrohung aufgefasst werden könnte. Es zeichne sich ab, dass Länder auf diese Probleme reagieren, indem sie einen Weg einschlagen, der zurück zum Nationalstaat führt.

Dieses Szenario scheint inzwischen Realität. Die Politik hat sich offenbar von der romantischen Vorstellung eines Europas verabschiedet, das in der Welt als solidarische Gemeinschaft wahrgenommen wird, als einzigartiges Projekt, das Frieden und Wohlstand für Menschen unterschiedlicher Kulturen sichert. Statt Gemeinsinn regiert Zwietracht, das europäische Haus ist ein Sanierungsfall. Die Visegrad-Staaten im Osten verweigern sich einer solidarischen Lösung bei der Verteilung von Flüchtlingen. Die Südländer kämpfen mit Massenarbeitslosigkeit und rebellieren gegen die Sparpolitik. Der Norden murrte über die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. In der Politik ist man sich nur darin einig, dass die EU einer Reform bedarf. Als Schäuble im vergangenen Jahr von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sprach, klang das sehr nach seinen Thesen aus den 90er Jahren. Schon damals hatte er dafür plädiert, dass einige wenige Staaten bei der europäischen Integration vorangehen könnten und der Rest dann später nachzieht. Diese Idee eines „Kerneuropa“ ist derzeit so populär wie nie. „Weniger Europa ist

mehr“, dieses Motto scheint sich durchzusetzen.

Der Liberale und ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt kämpft dagegen an und setzt sich für die „Vereinigten Staaten von Europa“ ein. Er will eine echte europäische Regierung und eine gemeinsame Finanz- und Außenpolitik. Er will zudem prüfen, wie sich EU-weite Referenden realisieren ließen. Für Verhofstadts Vorstellungen müssten allerdings die europäischen Verträge geändert werden. Davor scheuen viele Staats- und Regierungschefs zurück, weil sie fürchten, dass sie mit der Ratifizierung in ihren nationalen Parlamenten oder bei eventuell notwendigen Referenden schei-

Ich glaube, dass das EU-Projekt als eine Vereinigung vieler separater Nationalitäten in eine politische Struktur, grundsätzlich fehlgeschlagen ist. Es funktioniert nicht und wird in Zukunft auch nicht funktionieren.

Prof. Alan Johnson (Großbritannien), Senior Research Fellow, Britain Israel Communications and Research Centre (BICOM), Herausgeber des Journals „Fathom“.

tern. Abseits der Politik gibt es aber auch Hoffnung. Beispiele aus dem Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements haben vor allem in der Flüchtlingskrise gezeigt, dass Europa durchaus zusammenwächst. Gerade die jüngere Generation scheint europäisch orientiert. Doch es bleiben Grenzen, Sprachbarrieren beispielsweise, die die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit hemmen. Bei der Bürgerschaft liegt der Schlüssel für die Zukunft der EU. Der ehemalige FDP-Außenminister Klaus Kinkel stellte einmal treffend fest: „Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.“ Tobias Roth

Deutschlands verlorene Töchter

Güner Yasemin Balcı liest aus ihrem Buch „Das Mädchen und der Gotteskrieger“

Nimet aus Berlin ist 16, als sie über WhatsApp eine Nachricht von Saed erhält, einem Mann aus der Türkei. Die beiden sind bald in ständigem Austausch, Saed ist immer für sie da, und irgendwann nennt er sie seine „Frau“. Sie weiß nicht, dass Saed für den IS kämpft. Eines Tages kommt von ihm keine Nachricht mehr. Nimet macht sich auf den Weg zur türkisch-syrischen Grenze.

In ihren Schriften widmet sich die Journalistin Güner Yasemin Balcı der Einwanderungsgesellschaft und ihren Problemen. Sie zeichnet die Entwicklung Nimets von einem Mädchen ohne Haltepunkte im Leben zur Dschihad-Frau nach. Damit möchte Balcı sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen: Wie kann es dazu kommen, dass sich junge Mädchen radikalen Weltanschauungen zuwenden? Wo liegt die Verantwortung der Gesellschaft? Bei den Karlsruher Gesprächen liest Balcı am 5. März, 15 Uhr, im Badischen Staatstheater Karlsruhe. Der Eintritt ist frei, Anmeldung unter www.zak.kit.edu.



REGION DIGITAL – CHANCE, DIE ZUKUNFT ZU GESTALTEN

Wir machen uns stark für Ihren Erfolg!



IHK Karlsruhe
Tel. (0721) 174 - 0 | Fax (0721) 174 - 290
info@karlsruhe.ihk.de
www.karlsruhe.ihk.de



Frauen und die Reform des Islam

PD DR. ELHAM MANEA: Religion nicht an Fundamentalisten verlieren

Die jemenitisch-schweizerische Politologin, PD Dr. Elham Manea ist Muslimin und eine Kämpferin für Frauenrechte. Wir sprachen mit ihr über Identität, Frauen in der arabischen Welt und über die Zukunft des Islam.

■ **Sie engagieren sich für einen humanistischen Islam. Was meinen Sie damit?**

„Humanistischer Islam“ ist ein Ausdruck für einen reformierten Islam. Ich verwende das Wort „Reformation“ bewusst, weil es genau das ist, was wir brauchen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Ein Aspekt der Reformation ist die Erkenntnis, dass der Koran von Menschen geschrieben und in seinem historischen Kontext zu verstehen ist. Ein humanistischer Islam respektiert den Glauben und billigt die Rationalität. Denn ohne sie kann es zur Tyrannei im Namen Gottes kommen.

■ **Der Westen scheint sich vor allem auf den politischen Islam zu konzentrieren. Haben wir ein eingeeignetes Bild von der islamischen Welt?**

Der politische Islam in seinen verschiedenen Formen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb ist es legitim, sich darauf zu konzentrieren. Was mich beunruhigt,

ist allerdings die Tendenz im Westen, die Bürger und Migranten aus der islamischen Welt auf ihre religiöse Identität zu reduzieren. So, als ob wir nichts anderes als die religiöse Person sein könnten.

Dabei repräsentieren Muslime keinen kulturellen Block. Oft haben sie eine komplexe Menge von Identitäten. Es gibt Personen, die als Muslime wahrgenommen und „behandelt“ werden, obwohl sie überhaupt nicht religiös sind und lieber aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit identifiziert werden wollen. Das machen wir mit Menschen anderer Religionen auch: Wir identifizieren sie durch ihre Nationalität, nicht ihre Religion.

■ **Bei den 21. Karlsruher Gesprächen reden Sie über Frauen und**

Es besteht kein Zweifel daran, dass wir auf dem Weg in eine Ära sind, die von erheblicher Instabilität geprägt ist.

Suat Kiniklioğlu ist Geschäftsführer des in Ankara ansässigen Zentrums für strategische Kommunikation (STRATIM) und forscht derzeit als Senior Fellow am Institut für Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Stockholm.

das Scharia-Recht. Welchen Repressionen müssen sich die Frauen unterwerfen und wie lassen sich diese abbauen?

In meinem aktuellen Buch „Women and Shari'a Law“ nehme ich Abstand von den Ausdrücken „das göttliche Gesetz“ oder „Gesetz Gottes“, um Sharia zu beschreiben. Stattdessen definiere ich das islamische Recht so, wie es in den islamischen Staaten eingeführt worden ist. Aus der historischen Perspektive wird der Gegensatz zur Moderne und dem Konzept der Menschenrechte deutlich. Im Besonderen ist nach der Sharia die Frau ein Teil einer hierarchischen sozialen Struktur, die von dem Mann an der Spitze dominiert wird. Einige islamische Länder (mit bemerkenswerten Ausnahmen) modernisieren ihre Familiengesetze, was ein Erfolg vieler unermüdeten Frauenaktivistinnen ist. Was den Prozess erschwert, ist der Aufstieg des Islamismus und seine Gleichsetzung der Gesetze mit dem Wort Gottes.

■ **Rechtliche Gleichheit der Frauen und gesellschaftliche Realität sind in aller Regel voneinander abweichend.**

Das ist natürlich richtig. Gesetze allein können die Wirklichkeit nicht ändern, ohne: erstens, einen Staat, der fähig ist, die Gesetze zu kontrollieren;



PD Dr. Elham Manea.

Foto: privat

und zweitens, die Infragestellung des sozialen und religiösen Wertesystems. Letzteres ist ein Generationsprozess, der eine Veränderung des Bildungssystems sowie des religiösen und zivilgesellschaftlichen Diskurses beinhaltet.

■ **Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft?**

Die größte Herausforderung ist es, festzustellen, dass eine Radikalisierung des Islam stattgefunden hat. Die Zeit ist gekommen, um dem politischen Islam entgegenzutreten, die Religion zu reformieren und die alteingesessenen Normen anzusprechen, die gegen die Menschenwürde verstoßen. Wenn wir fortfahren, die anderen lediglich zu rügen, ohne selbst tätig zu werden, verlieren wir unsere Religion an die Fundamentalisten.

Bei den 21. Karlsruher Gesprächen spricht PD Dr. Elham Manea beim Symposium am 4. März.



zkm karlsruhe



Programm



Freitag, 3. März 2017

Eröffnung der 21. Karlsruher Gespräche
Audimax des KIT, Geb. 30.95, Straße am Forum 1, KIT-Campus Süd

GRUSSWORTE | 19.30 Uhr

- **Prof. Dr. Alexander Wanner**, Vizepräsident des KIT für Lehre und akademische Angelegenheiten
- **Dr. Frank Mentrup**, OB der Stadt Karlsruhe
- **Martin Hettich**, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

EINFÜHRUNG

- **Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha**, Direktorin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, KIT

FESTVORTRAG

- **Pluralismus und seine Feinde. Herausforderungen für Gesellschaften des Miteinanders**, Prof. Dr. Zlatko Lagumdžija (Bosnien und Herzegowina), Ehemaliger Premier von Bosnien und Herzegowina, Mitglied des Club de Madrid

FILMBEITRAG

- **„Was ist für Sie eine offene Gesellschaft?“** Filmbeitrag des Wissenschaftsbüros Stadtmarketing Karlsruhe GmbH;

Eintritt frei, Anmeldung: www.zak.kit.edu.

Samstag, 4. März 2017

Internationales Symposium Saal Baden der IHK Karlsruhe, Lammstraße 13–17

BEGRÜSSUNG | 9.30 Uhr

- **Burkhard Freyberg**, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe
- **Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha**, Direktorin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, KIT

SYMPOSIUMSVORTRÄGE

- **Kann Demokratie Vielfalt bewältigen?** Dr. Kenan Malik (Großbritannien), Autor, Journalist und Universitätsdozent
- **Pluralismus in der Stadtgesellschaft: Illusionen, Realitäten, Konflikte**, Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba (Deutschland), Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
- **Frauen und das Scharia-Recht: Die Auswirkungen eines Rechtspluralismus** PD Dr. Elham Manea (Schweiz/Jemen), Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich
- **Demokratie und Medienfreiheit: Neue polnische Unfreiheiten** Bartosz Wielniński (Polen), Politikjournalist, Leiter des Auslandsressorts der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza, ehem. Korrespondent in Deutschland
- **Interventionspolitik: Aus Irrtümern lernen?** Emma Sky, OBE (Großbritannien/USA), Dozentin für Nahost-Politik am Yale Jackson Institute for Global Affairs und Direktorin des Stipendienprogramms Yale World Fellows
- **Populismus: Die Achillesferse der Demokratie?** Prof. Dr. Jan-Werner Müller (Deutschland/USA/Österreich), Professor für Politische Theorie, Princeton University, derzeit Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

„Wir werden nicht alle einer Meinung sein“

CAROLINE ROBERTSON-VON TROTHA: Gewinne und Probleme

Die pluralistische Gesellschaft muss verteidigt werden, unterstreicht ZAK-Direktorin Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha und fordert eine klare Haltung. Im Gespräch mit Tobias Roth warnt sie aber auch davor, die Probleme, die eine Vielfalt der Kulturen mit sich bringt, kleinzureden.

■ **Frau Robertson, warum haben Sie sich für dieses Thema der 21. Karlsruher Gespräche entschieden?**

Mich haben vor allem zwei Beweggründe dazu veranlasst. Eine pluralistische Gesellschaft ist keine einfache Gemeinschaft. Sie fordert uns alle heraus, Stellung zu beziehen, sich zu informieren und zu engagieren. Der zweite Grund ergibt sich aus der Rückschau auf viele Themen, die wir in den vergangenen 20 Jahren bereits aufgegriffen haben: vom Rechtsextremismus, organisierter Kriminalität bis hin zu den wachsenden nationalen und kulturell unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb Europas. Alle diese Themen sind nach wie vor hochaktuell und müssen unter dem Aspekt der Gefährdung unserer pluralistischen Gesellschaft intensiv diskutiert werden. Die Weimarer Republik ist nicht nur an den Extremisten, sondern auch an dem unzureichenden Engagement der überzeugten Demokraten zugrunde gegangen.

■ **Warum erstarben die Feinde Europas?**

Es gibt komplexe Veränderungsprozesse auf der nationalen und der internationalen Ebene, die wir häufig nicht überblicken, die unterschiedlich beurteilt werden und die wir nur selten beeinflussen können. Diese Ungewissheit eröffnet Räume für Populisten und Reduktionskünstler, die uns davon überzeugen wollen, dass es für eine Gesellschaft in Glück und Frieden nur einen Weg gibt. Ihren Weg nämlich. In vielen Ländern erleben wir gerade, dass eine oft intolerante Minderheit sich anmaßt, das Volk zu sein. Sie lehnen pluralistische Werte ab und beanspruchen damit, für andere zu sprechen, ohne dass darüber sachlich diskutiert wird, was das in aller Konsequenz eigentlich bedeutet.

■ **Woher kommt das Misstrauen gegen eine pluralistische Gesellschaft?**

Es sind einerseits Entwicklungen, die oft überproportional dargestellt werden. Damit wird ein Bild von der Gesellschaft gezeichnet, das so nicht zutrifft. Einzelne Ereignisse werden verallgemeinert und ganze Gruppen unter Generalverdacht genommen. Ich möchte andererseits aber auch warnen. Bei allen guten Gründen, die pluralistische Gesellschaft als moderne Errungenschaft zu feiern und zu verteidigen, sollten wir nicht übersehen, dass das Leugnen von realen, teilweise schwerwiegenden Problemen und Herausforderungen, die eine Vielfalt der Kulturen auch mit sich bringt, zu einer stärkeren Ablehnung und Polarisierung führen kann.

■ **Welchen Beitrag kann die Wissenschaft leisten, um Bürgern die Vorzüge einer pluralistischen Gesellschaft näherzubringen?**

Neben ihrem Auftrag der Grundlagen- und der Anwendungsforschung und der qualifizierten Lehre gehören die Berichterstattung und der Dialog mit der Gesellschaft über mögliche Folgen zu den – leider nicht immer selbstverständlichen – Aufgaben verantwortlicher Wissenschaft. Soweit möglich muss Wissenschaft offenlegen, was wir wissen und welche Veränderungen wir erwarten können. Und dies in einer Sprache, die verständlich ist. Eine dem Austausch verpflichtete „Öffentliche Wissenschaft“ wird immer häufiger erwartet. Die Karlsruher Gespräche bieten dank der Unterstützung unserer Förderer und Kooperationspartner hierzu eine einzigartige Gelegenheit, da wir für den Zeitraum eines intensiven Wochenendes Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Persönlichkeiten aus Kultur und Gesellschaft mit einem interessierten Publikum zusammenbringen. Ich kann garantieren, wir werden nicht alle einer Meinung sein. Wir praktizieren also ein Stück Pluralismus im Dienst der Demokratie!

■ **In Ihrer Heimat Schottland war man ganz und gar nicht begeistert vom Ausgang des Referendums über die EU-Mitgliedschaft. Was ist in Schottland anders als im Rest Großbritanniens?**

In Schottland lernt man schon in der Schule, wie notwendig Migrationsbewegungen sind und welche Bedeutung sie historisch haben. Gerade im Hochland, wo ich herkomme, verließen im 18. Jahrhundert viele Schotten ganze Landstriche mit dem Ziel Amerika und Australien, Kanada und Neuseeland. Die eigene Migrationsgeschichte und ihre Bedeutung in der „Neuen Welt“ wird durchaus mit Stolz erzählt. Umgekehrt kamen später viele Iren nach Glasgow, um im Schiffbau zu arbeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben viele Italiener und Polen. Bisher kann nicht, wie etwa im wirtschaftlich benachteiligten Nordengland, von einer dort bereits in den 1970er Jahren bestehenden Ausländerfeindlichkeit die Rede sein. Auch in Schottland ist Angst vor Überfremdung nicht völlig auszuschließen. Vom traditionellen Selbstverständnis her ist es aber ein Land, das sich allgemein als gastfreundlich, offen und Europa-verbunden versteht. Ich hoffe, das bleibt so.

■ **Haben Sie persönlich eigentlich schon Konsequenzen aus dem „Brexit“ gezogen?**

Seit dem 22. November 2016 freue ich mich, neben meiner britischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben. Der Brexit hat mich und hoffentlich viele Weitere aufgerüttelt. Zu viele von uns haben schweigend hingenommen, wie sich die Europagegner formiert haben. Für eine pluralistische europäische Gesellschaft – das wichtigste Narrativ unserer Zeit – müssen wir eine klare Haltung einnehmen. Dazu will ich gerne beitragen.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha



„Klares Bekenntnis zur gelebten Vielfalt“

FRANK MENTRUP: Karlsruhe ist Heimat für Menschen aus aller Welt

Der Kontakt zwischen Menschen stärkt das Verständnis füreinander, davon ist Karlsruhes Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup überzeugt. Im Gespräch mit Tobias Roth erläutert Mentrup, wie man als Stadtgemeinschaft Raum für Begegnungen schafft und man den Herausforderungen der Globalisierung begegnen kann.

■ **Herr Mentrup, was kann man aus der Geschichte Karlsruhes für die Bedeutung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft lernen?**

Die Geschichte unserer Stadt lehrt uns von Beginn an, dass Karlsruhe auf kulturellem, wirtschaftlichem oder wissenschaftlichem Gebiet immer dann stark und erfolgreich war, wenn das gesellschaftliche Klima von Offenheit, Toleranz und Vielfalt geprägt war. Dafür steht schon der Privilegienbrief aus dem Gründungsjahr 1715. Darin garantierte unser Stadtgründer, Markgraf Karl Wilhelm von Baden, allen Neubürgern unter anderem Religionsfreiheit, die Freiheit von Leibeigenschaft und eine unparteiische Justiz. Heute wie damals ist Karlsruhe eine Stadt, in der Menschen aus aller Welt eine Heimat, ein Zuhause finden – 29 Prozent der hier Wohnenden besitzen einen Migrationshintergrund.

■ **Was kann man als Stadtgemeinschaft tun, um Raum für Begegnungen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu schaffen?**

Voraussetzung ist das klare Bekenntnis zur gelebten Vielfalt und Toleranz – sowohl der Politik wie auch der gesamten Zivilgesellschaft. Es gibt immer wieder deutlich wahrnehmbare Aktionen zum offenen Miteinander und gegen Rechts-Extremismus, Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zum Beispiel die zahlreichen Aktionen unter dem Motto „Karlsruhe zeigt Flagge“. Seit 2013 organisiert die Stadt gemeinsam mit vielen Vereinen und Initiativen die „Karlsruher Wochen gegen Rassismus“ – mit einem Programm, das über die zwei Veranstaltungswochen hinaus nachhaltige Wirkung entfaltet. 2015 haben wir – anlässlich unseres 300. Stadtgeburtstags – den „Garten der Religionen“ eröffnet. Mit dem „Platz der Grundrechte“ auf der zentralen Achse zwischen Schloss und Pyramide haben wir ein zeitgemäßes künstlerisches Bekenntnis zu den Grundrechten geschaffen. Und 2015 haben wir am Zentrum für Kunst und Medien den „Platz der Menschenrechte“ eingerichtet. Bei all diesen Angeboten steht eines immer im Vordergrund: Der Kontakt zwischen Menschen und der Austausch über Fragen des Zusammenlebens stärken das Verständnis füreinander.

■ **Die Region ist auch durch die Nähe zu Frankreich geprägt. Welche Beispiele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt es?**

Aufgrund ihrer Lage haben die Stadt Karlsruhe und die Region enge Verflechtungen mit den Nach-

barn jenseits des Rheins – und eine ganz besondere Verantwortung. Deshalb engagieren wir uns seit vielen Jahren auf unterschiedlichen Ebenen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Pamina-Raum und am Oberrhein im Grenzraum zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Karlsruhe ist Gründungsmitglied des 2003 nach dem „Karlsruher Übereinkommen“ gegründeten grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverbandes „Eurodistrikt Pamina“. Dabei geht es zum Beispiel um eine ausgewogene Raumentwicklung, die Förderung von grenzüberschreitenden Begegnungen und die Förderung der Zweisprachigkeit. Das 2002 auf Initiative Karlsruhes gegründete Städtetz Oberrhein widmet sich aktuell vorrangig dem Austausch im Bereich Mobilität der Zukunft und kultureller Aktivitäten.

■ **Warum sind internationale Kontakte für die Stadt besonders wichtig?**

Die rasante Globalisierung betrifft nicht nur die Nationalstaaten. Sie stellt auch Regionen und Kommunen vor große Herausforderungen. Karlsruhe ist entschlossen, die Chancen mutig zu nutzen, Risiken frühzeitig zu erkennen und solidarisch mit Partnern zu agieren. Allein die Stadtverwaltung ist in über 45 grenzüberschreitenden, europaweit ausgerichteten Netzwerken aktiv, wie zum Beispiel „Eurocities“, die Plattform der 130 größten Städte Europas, die damit zu den einflussreichsten Vertretungen kommunaler Interessen auf EU-Ebene gehört. Seit 2007 ist Karlsruhe bereits Mitglied in der

Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Und beim Aufbau unseres deutsch-indischen Netzwerks hat Karlsruhe für das Land Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle übernommen. Das Karlsruher Kooperationsbüro im indischen Pune arbeitet seit 2014 erfolgreich für die Stadt im Rahmen der Projektpartnerschaft mit der lokalen Industrie- und Handelskammer. Es soll den Weg für indische Firmen ebnen, sich in Karlsruhe niederzulassen. Gleichzeitig können Firmen aus Stadt und Region auf die Einrichtung zugehen, um erfolgreich in Indien anzukommen.

■ **Was kommt in den nächsten Jahrzehnten auf Karlsruhe zu?**

Alle Voraussagen schreiben den Städten weltweit eine wachsende Bedeutung bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu. Mittlerweile lebt mehr als die Hälfte aller Menschen in urbanen Zentren, 2050 werden es bis zu 75 Prozent sein. Die Folge: Die wachsenden Einwohnerzahlen machen die Verwaltung einer Stadt, aber auch das Zusammenleben innerhalb einer Stadt immer komplexer. Hinzu kommen Aspekte wie Klimawandel und demografischer Wandel. In Karlsruhe haben wir diese Herausforderungen angenommen und werden auch in Zukunft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen erarbeiten – neue Formen und Wege der Bürgerbeteiligung werden dabei eine große Rolle spielen.



Dr. Frank Mentrup



Programm

■ **Der Aufstieg des Autoritarismus: Globale Trends gegen Demokratie**, Suat Kiniklioğlu (Türkei), Geschäftsführender Direktor des Center for Strategic Communication (STRATIM), Ankara, derzeit Senior Fellow am Institute for Security and Development Policy, Stockholm

■ **Steigender Groll gegen „das System“: Gründe für die Krise der Europäischen Union**, Prof. Alan Johnson (Großbritannien), Senior Research Fellow, Britain Israel Communications and Research Centre (BICOM), Herausgeber des Journals „Fathom“

■ **Rassismus und radikaler Nationalismus: Zur derzeitigen Situation in Polen**, Prof. Dr. Rafal Pankowski (Polen), Politikwissenschaftler, Collegium Civitas, Warschau, stellv. Herausgeber des Magazins „Never Again“

■ **Bekämpfung von Extremismen: Die Rolle der Frauen nach dem Arabischen Frühling**, Hajer Sharief (Libyen), Mitgründerin der NGO „Together We Build It“, Vertreterin der Kofi Annan Stiftungsinitiative „Countering Violent Extremism“, Mitglied der UN-Beratergruppe zur Resolution 2250 (Youth, Peace and Security) des UN-Sicherheitsrats

■ **Feinde pluralistischer Gesellschaften: Die Jugend und die Herausforderung, die sie darstellt**, Dr. Tom Junes (Belgien), Historiker, Mitglied der Human and Social Studies Foundation Sofia, Bulgarien, Visiting Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, Italien.

Einlass nur, solange Plätze vorhanden.

ARTE-FILMNACHT | 19.30 Uhr

ZKM | Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe, Lorenzstraße 19, ZKM_Medientheater; Präsentation von Dokumentar-, Kurz- und Spielfilmen.

Eintritt frei.

Sonntag, 5. März 2017

Matinee Saal Baden der IHK Karlsruhe, Lammstraße 13 - 17

PODIUMSDISKUSSION | 11 Uhr

Was tun? Gedanken und Erfahrungen zum Schutz der pluralistischen Gesellschaft

Moderation: Markus Brock, 3sat und SWR; Podiumsgäste: Prof. Dr. Zlatko Lagumdžija, Ehem. Premier von Bosnien und Herzegowina; Mike van Graan, südafrikanischer Dramaturg und Richard von Weizsäcker Fellow; Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung sowie eine Vertreterin der UNESCO, Paris

Eintritt frei.

LESUNG | 15.00 Uhr

STUDIO, Badisches Staatstheater Karlsruhe, Hermann-Levi-Platz 1

■ **Güner Yasemin Balci, Das Mädchen und der Gotteskrieger**

Eintritt frei, Anmeldung: www.zak.kit.edu.

THEATER | 17.30 Uhr

STUDIO, Badisches Staatstheater Karlsruhe, Hermann-Levi-Platz 1

■ **Safe Places**

von Falk Richter, szenische Lesung und Publikumsgespräch. Eintritt 5 Euro, Karten: Theaterkasse oder www.staatstheater.karlsruhe.de



Eingeladen wird bei den Karlsruher Gesprächen zum „konstruktiven Streit“.

Foto: ZAK

Gegenmeinungen sind hier erwünscht!

SONDERPUBLIKATION: „Dialogue in Progress“ mit Stimmen und Bildern aus 20 Karlsruher Gesprächen

Von der Handschrift über den Buchdruck zum E-Book: Die schriftliche Fixierung der Sprache hat mit allen technischen Änderungen Schritt gehalten. Dies zeigt, welcher Stellenwert dem Buch als Kulturgut nach wie vor zukommt und welche Rolle es beim Veranschaulichen von Wissen, der Vermittlung von Werten und dem Tradieren von Geschichten spielt.

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha hatte bereits im Vorfeld der 1. Karlsruher Gespräche, die sie 1997 gemeinsam mit Prof. Dr. Hermann Glaser veranstaltete, die Schriftenreihe „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ konzipiert. Hier finden sich die Grundgedanken wieder, denen die Veranstaltungsreihe ihre Ausnahmestellung verdankt: Kurze Beiträge und vielfältige Gedankenanstöße sollen diese „Werkstätte des kontinuierlichen Austauschs“ bestimmen. Eingeladen wird zum „konstruktiven Streit“, Gegenmeinungen sind stets „ausdrücklich erwünscht“.

Öffentlicher Diskurs

Zu den Karlsruher Gesprächen gehören folglich verschiedene Formen der Dokumentation. Wissenschaftliche Sammelbände halten ausgewählte Beiträge fest: Seit 1997 erscheint die Reihe „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ bei KIT Scientific Publishing, seit 2006 besteht die Reihe „Kulturwissenschaft interdisziplinär“ (erscheint beim Nomos Verlag).

Zudem werden die Veranstaltungen alljährlich fotografisch, filmisch und journalistisch begleitet. Doch das Anliegen, das dahinter steht, ist nicht die reine Dokumentation. In der Gesamtkonzeption sowie in den Themen der Karlsruher Gespräche ist die Reflexion über die Kommunikationsmedien selbst fest angelegt, wie ein Blick ins Archiv zeigt.

Für Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, die seit 2002 die alleinige wissenschaftliche Leitung der Karls-

ruher Gespräche innehat, zeichnet eben dies das Symposium aus: Es geht um einen integrativen Ansatz, der gruppenspezifische Isolationen – seien sie national oder disziplinär – infrage stellt. Forschende, Kulturschaffende, zivilgesellschaftliche Akteure und Zeitzeugen werden gemeinsam in einen öffentlichen Diskurs gebracht. Letztlich geht es also um eine Fortsetzung der Karlsruher Gespräche über die Veranstaltungstage hinaus, es geht um einen „Dialogue in Progress“.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Karlsruher Gespräche wurde das Konzept der aktuell erschienenen Sonderpublikation entwickelt. Wie sein Sujet ist das Buch als ein experi-

DIALOGUE IN PROGRESS

Wissenschaft. Kultur. Gesellschaft.

Stimmen aus 20 Karlsruher Gesprächen
ISBN 978-3-7315-0622-5
Die Publikation wird am Veranstaltungswochenende im Audimax und in der IHK Karlsruhe verkauft.

mentierfreudiges Projekt zu verstehen, das unterschiedliche Bereiche zusammenführen möchte: Kunst und Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft, Virtualität und Realität. Exemplarische Momente aus zwei Jahrzehnten werden in Szene gesetzt: „Dialogue in Progress. Wissenschaft. Kultur. Gesellschaft. Stimmen aus 20 Karlsruher Gesprächen“ erscheint im März dieses Jahres bei KIT Scientific Publishing; 224 Seiten, 29 Euro, erhältlich sowohl als Offsetdruck (Hardcover) und Digitaldruck (Softcover) als auch als Download. Marco Ianniello

Karlsruher kommen zu Wort

Was verstehen Sie unter einer offenen Gesellschaft?
Mit einem Kurzfilm leistet das Wissenschaftsbüro der Stadtmarketing Karlsruhe GmbH einen Beitrag zur Eröffnung der Karlsruher Gesprä-

che am 3. März. Bekannte und weniger bekannte Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes kommen zu Wort und geben kurze Stellungnahmen zum Thema ab.



Mosaik eines Gesprächsraums

WORTLAUTE: Teilnehmende der bisherigen Karlsruher Gespräche zum Thema Pluralismus

Ein einziges Wort kann die Welt in Aufruhr versetzen: „First!“ Das Zeichen, das der neue Präsident der USA mit seinem Leitspruch „America first“ setzt, stimmt auf ein raues Klima im internationalen Diskurs ein: Wettkampf und Schutzzonen sollen groß-, Kooperation und Offenheit kleingeschrieben werden. Doch was steht hier eigentlich auf dem Spiel? Wogegen – oder besser: wofür – lohnt es sich, die Stimme zu erheben?

Scharfe Kritik

In der Sonderpublikation des ZAK „Dialogue in Progress“, wird im Rückblick auf 20 Karlsruher Gespräche ein Gesprächsspektrum in Erinnerung gebracht, das nicht nur vielfältige Antworten aus Sicht der Wissenschaft, der Kunst und der Zivilgesellschaft bietet, sondern als Gesprächsforum auch einen Gegenentwurf zu Polarisierung und Nationalismus darstellt. Anlässlich der Karlsruher Gespräche 2016 zum Thema „NationEuropa: Die polarisierte Solidargemeinschaft“ hatte Prof. Dr. Os-

Es ist verblüffend zu beobachten, wie ein Diskurs um sich greift und Akzeptanz erfährt, der die Einschränkung von Rechten und Freiheiten befürwortet, angeblich um Freiheit, Kultur oder die Zivilisation zu retten.

Dr. Tom Junes ist Historiker und Mitglied der Human and Social Studies Foundation in Sofia. Derzeit ist er als Gastwissenschaftler am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz tätig.

Wissenschaft und Gesellschaft im Dialog

Das ZAK im Profil

Lehre, Forschung und Öffentliche Wissenschaft sind die drei Kernaufgaben des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Das ZAK erstellt ein fachübergreifendes Lehrangebot, das allen Studierenden zugänglich ist und ihnen Zusatzqualifikationen bietet. Mit Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichen Wissenschaft – wie den Karlsruher Gesprächen –



Die Geschichte Europas hält Mahnmale bereit – und Gründe, um Menschenrechte, Demokratie und Pluralität als festen Bestandteil seiner Identität zu betrachten.

kar Negt die Ökonomisierung aller Lebensbereiche scharf kritisiert und gefolgert: „Wir werden mit der betriebswirtschaftlich beschädigten Vernunft die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen können. Wir brauchen einen Atem, der uns zeigt, dass Europa ein kollektives Lernprojekt ist.“ Indirekt wird das von Prof. Dr. Susan Neiman bestätigt. Die US-amerikanische Philosophin appelliert bereits bei den Karlsruher Gesprächen 2008 an das Selbstwertgefühl der Europäer: „Europe today offers more opportunities to learn from and about other cultures than any other place in the world.“

Das erfolgreiche Friedensprojekt, zu dem Europa infolge zweier Weltkriege geworden ist, zeigt: Die Geschichte Europas hält viele Mahnmale bereit, und zugleich genügend Gründe dafür, um Menschenrechte, Demokratie und Pluralität als festen Bestandteil seiner Identität zu betrachten. „Schizophrenes Europa!“,



werden der Öffentlichkeit Ergebnisse aus der Forschung präsentiert und kontroverse Themen aufgegriffen. Zur Weiterentwicklung der Lehre und Öffentlichen Wissenschaft dienen die ZAK-Forschungsprojekte. Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung des KIT fördert das ZAK den interdisziplinären Austausch und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Alles zum ZAK auch online: www.zak.kit.edu.

Protest gefordert

In Zeiten von Globalisierung und Internet erfordert unsere Gegenwart hingegen auch „unvorhersehbar vielfältige Formen von Einspruch und Widerspruch, von Protest und Widerstand“, merkt der japanische Philosoph Prof. Dr. Kenichi Mishima 2012 an. Esra Nilgün Mirze, Gründerin der 41° 29' Istanbul Association for Art and Design, formulierte es so: „Wenn sich jede Stimme frei ausdrücken kann, dann können wir auf allen Ebenen des kreativen und sozialen Bereichs von einem pulsierenden Leben sprechen.“

Eine Gesellschaft – solange sie pluralistisch und demokratisch ist – bildet immer einen Gesprächsraum. Denn, wie die jetzige Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Verena Metzke-Mangold bereits 2005 betonte: „Letztlich ist es eine Frage unseres Weltbildes, was wir für uns entscheiden.“ Marco Ianniello

SCHAUBURG THEATER
Marianenstr. 16 | Karlsruhe
T. 0721 3500018
www.schauburg.de

TECHNICOLOR FILMFESTIVAL

26.-28. Mai 2017

HEIMATTAGE
Baden-Württemberg
KARLSRUHE 2017

www.heimattage-karlsruhe.de

Baden-Württemberg

STADTGESPRÄCHE 2017

10. Mai, 17. Mai, 24. Mai, 31. Mai 2017

Veranstaltungsort:
BGV / Badische Versicherungen, Lichthof, Durlacher Allee 56, 76131 Karlsruhe



Unter freiem Himmel

STAATLICHE KUNSTHALLE KARLSRUHE

Landschaft sehen, lesen, hören
18.2. – 27.8.2017

„Radikal malerische Geologie ...
Jede Landschaft ist purer Eigensinn.“ Ralph Dutilleul

Alexej Jawlensky, *Oberstdorfer Landschaft* (Detail), 1912, © bpK/SKK

www.kunsthalle-karlsruhe.de



Starke Frau im „failed state“

LIBYEN: Hajer Sharief fördert politische Beteiligung von Frauen und jungen Menschen

Libyen ist ein von Bürgerkriegen gezeichnetes Land. Der Alltag ist von Gewalt und Hunger geprägt. In diesem „failed state“ (gescheiterten Staat) kämpft die Juristin Hajer Sharief für eine demokratische Gesellschaft: Vor dem Hintergrund ihrer Erlebnisse während des Bürgerkrieges 2011 begann sich Sharief bereits mit 19 Jahren politisch zu engagieren. Sie gründete „Together We Build It“, eine gemeinnützige Organisation, die vor allem Frauen und junge Menschen zu politischer Beteiligung anregt. „Solange die Einsichten von Frauen bei Sicherheitsfragen nicht berücksichtigt werden, verpassen wir eine Chance, den Anstieg der Gewalt einzudämmen“, sagt Sharief. „Frauen erleben täglich Gewaltbereitschaft. Sie sind in der Lage, schon frühzeitig die Symptome von Extremismus zu identifizieren, und können eine aktive Rolle dabei spielen, den Extremismus nicht nur zu bekämpfen, sondern zu verhindern, dass er entsteht.“



Hajer Sharief.

Foto: privat

moon zum Mitglied einer Beratergruppe ernannt, die eine globale Studie zu Jugend, Frieden und Sicherheit erstellt. Zudem ist sie Beauftragte für die Initiative „Countering Violent Extremism“ der Kofi Annan Stiftung. Für ihr Engagement erhielt die junge Libyerin den Student Peace Prize 2017.

Bei den Karlsruher Gesprächen spricht Hajer Sharief am 4. März.

Populisten behaupten oft, sie seien die wahren Demokraten. Ist an dieser Behauptung etwas dran? Oder sind die Populisten gerade deshalb so gefährlich für die Demokratie, weil sie deren Sprache sprechen, sie jedoch von innen aushöhlen?

Prof. Dr. Jan-Werner Müller lehrt am Fachbereich Politikwissenschaften der Princeton University und ist Mitbegründer des European College of Liberal Arts (ECLA) Berlin, Deutschlands erstem privaten, englischsprachigen Liberal-Arts-College.

„Multikulti“ hat ausgedient

ZUSAMMENLEBEN: Modelle für eine vielfältige Gesellschaft

In einer pluralistischen Gesellschaft treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. „Multikulti“ war dafür in Deutschland lange das Stichwort, doch das Modell gilt als überholt. 2010 erklärte Kanzlerin Angela Merkel: „Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert!“ Bei der Multikulturalität kommt es nicht zum Verschmelzen verschiedener Kulturen, wie es zum Beispiel das in den USA verbreitete Modell des „melting pot“ beschreibt. Vielmehr existieren sie nebeneinander und beeinflussen sich kaum. Neuere Ansätze sehen gerade in der gegenseitigen Beeinflussung Chancen. Der Begriff der Interkulturalität beschreibt das Zusammenleben als konstruktiven Interaktionsprozess. Kulturen begehen sich auf Augenhöhe, der eine profitiert vom anderen. Einen Schritt weiter geht das Modell der Transkulturalität. Eine Kultur wird dabei nicht als abgegrenzte Einheit verstanden, die Vermischung ist elementarer Bestandteil der sozialen Struktur einer Gesellschaft. Das Zusammenleben ist dabei ein sich stetig wandelnder Prozess.

Tobias Roth

Kann die Demokratie den Pluralismus bewältigen?

PERSPEKTIVWECHSEL: Diskussionen und Vorträge über die Gesellschaft aus verschiedenen Blickwinkeln

Manchmal braucht es einen Impuls aus einer anderen Richtung, einen Perspektivwechsel oder eine neue Anregung. Das Publikum der diesjährigen Karlsruher Gespräche erwarten Vorträge, die Pluralismus aus jeweils verschiedenen Blickwinkeln betrachten und zur Diskussion ermutigen. Der britische Schriftsteller und Journalist Dr. Kenan Malik etwa eröffnet das Symposium am 4. März mit der überraschenden und grundsätzlichen Frage, ob die Demokratie Pluralismus überhaupt bewältigen kann.

Schwund von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen führt nicht nur zur Schwächung der Demokratie, sondern auch zur Verdrossenheit. „Große Teile der Bevölkerung haben das Gefühl, dass sie ohne po-

litische Stimme dastehen“, konstatiert Malik.

Eine gänzlich andere Erfahrung bringt die Nahostexpertin Emma Sky von der Yale Universität ein. In ihrem Vortrag erörtert sie, ob wir aus den

Konsequenzen fehlerhafter Interventionspolitik lernen können. Diese Konsequenzen hat Sky am eigenen Leib erfahren. Als sie 2003 vom britischen Außenministerium als Beraterin der Koalitions-Übergangsregierung des Irak nach Kirkuk entsandt wurde, entging sie dort nur knapp einem Attentat.

Öffentliche Wissenschaft



Programmatik der Karlsruher Gespräche Universitäten sind Werkstätten der Zukunft, indem sie neues Grundlagen- und Anwendungswissen erforschen. Ziel des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am KIT ist es, die Öffentlichkeit an der Diskussion über neue Erkenntnisse und mögliche Folgen zu beteiligen und das notwendige kritische Wissen zu vermitteln. Die Direktorin des ZAK, Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, sieht deshalb Teilhabe und Austausch als Leitbe-

griffe der Öffentlichen Wissenschaft. Die Wissenschaftsdisziplinen sollen durchlässiger und kooperativer werden – füreinander und für die Bürger.

Ein Flaggschiff der Öffentlichen Wissenschaft stellen die Karlsruher Gespräche dar: Wissenschaftler treffen auf interessierte Öffentlichkeit, Fachleute auf Zeitzeugen, Kunstschaffende auf Konsumenten, Praktiker auf Theoretiker. Alle Veranstaltungen der Öffentlichen Wissenschaft gibt es unter: www.zak.kit.edu.

Die Untergrabung der Demokratisierung

Die Erlebnisse im Irak schildert sie in ihrem Buch „The Unravelling: High Hopes and Missed Opportunities in Iraq“, in dem sie auch einen Erklärungsansatz für das Scheitern des Interventionsprojekts entwirft. Ihrer Meinung nach war es zu einem großen Teil die Regierung unter dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, die Demokratisierungsprozesse im Irak untergraben hat. Ihre eindrucksvollen Erlebnisse und Erkenntnisse stellen Emma Sky, Kenan Malik und Wolfgang Kaschuba sowie weitere Experten am 4. März ab 9.30 Uhr im Saal Baden der IHK Karlsruhe dar. Der Eintritt ist frei.

Die Gefahr droht durch Rechtsruck

Diese Frage stellt sich für Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba, den Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), derzeit nicht. Er sieht die Gefahr in dem Rechtsruck, der eine gesellschaftliche Spaltung bewirken könnte und unsere Auffassung von Demokratie in ihren Grundfesten verändern würde. Malik sieht die Demokratie aus einem anderen Lager bedroht: der



Die Feinde in der Herzkammer

EU-PARLAMENT: Fast jeder fünfte Abgeordnete ist europakritisch

Es war ein Erdbeben, da waren sich alle einig. Und wenn Politiker das Bild einer Naturkatastrophe bemühen, um Ergebnisse zu erklären, schwingt dabei immer eine Art Hilflosigkeit mit. So war es nach der Europawahl im Jahr 2014. Europafeindliche Parteien hatten in zahlreichen Ländern der Staatengemeinschaft einen enormen Aufwind erlebt, die Regierungen in Berlin, Paris oder London reagierten mit sorgenvollen Mienen. Über zwei Jahre ist das nun her und inzwischen hat sich gezeigt, dass die Sorgen um Europa berechtigt waren. Seit dieser Wahl hat sich die Lage in der Europäischen Union dramatisch verschärft. Europas Feinde sitzen in Fraktionsstärke im Brüsseler Parlament, der Herzkammer der politischen Gemeinschaft. Dort sorgen sie immer mal wieder für Rhythmusstörungen und betrachten die sich häufenden Notfälle der Union, die seit dieser Wahl aus dem Krisenmodus gar nicht mehr herauskommt.

Fast 30 Prozent der Briten stimmten 2014 für Ukip, die „United King-



Grafik: ©Sergey Ilim / Adobe Stock; ©Fotomek / Adobe Stock

dom Independent Party“, deren politische Agenda sich hauptsächlich auf den Abschied aus der EU konzentrierte. Zu Hause in London wuchs danach der Druck auf Premier David Cameron. Am rechten Flügel der Konservativen wurden die Stimmen lauter, sich Ukip inhaltlich zu nähern, um Wähler zurückzugewinnen. Cameron ließ sich zu einem Referendum über die EU-Mitgliedschaft treiben und dachte sich dabei wohl, dass es schon gut gehen würde. Aber die Briten stimmten für den Brexit.

In Frankreich holte der Front National bei dieser Wahl 26 Prozent. Bei der nun anstehenden Präsidentschaftswahl greift Parteichefin Marine Le Pen nach der Regierungsmacht. Versprochen hat sie schon einmal, dass im Falle ihres Wahlsieges in Frankreich das Baguette wieder mit Franc bezahlt wird. In Österreich holte die FPÖ 2014 knapp 20 Prozent, in den Niederlanden erzielte Geert Wilders mit seiner „Partei für die Freiheit“ knapp 13 Prozent. Viktor Orbans Fidesz in Ungarn kam auf fast 52 Pro-

Wenn wir wirklich an die Demokratie glauben, dann sollten wir unser Vertrauen nicht so sehr in gewählte Vertreter oder in öffentliche oder private Medien setzen, sondern in uns selbst.

Mike van Graan ist Dramaturg und ehemaliger Regierungsberater, er spielte eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der kulturellen Landschaft Südafrikas nach der Apartheid.

zent, Polens europakritische und nationalkonservative PiS knapp 32 Prozent und in Dänemark wurde die Dänische Volkspartei stärkste Kraft. Die Dänen haben sich der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer angeschlossen, die drittstärkste Gruppe im EU-Parlament mit 74 Abgeordneten aus 16 Ländern. Dazu zählen auch die britischen Konservativen und die polnische PiS. Die AfD wiederum hat in Europa einen Pakt mit Marine Le Pen geschlossen, in der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ sitzt beispielsweise Marcus Pretzell, der Ehemann der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry. Mit dabei sind auch Wilders PVV, die Lega Nord aus Italien sowie die österreichische FPÖ. Thematisch positionieren sich diese Parteien EU-skeptisch bis feindlich. Sie setzen vornehmlich auf das Thema Migration, verknüpft mit dem Aspekt der Sicherheit, betonen den Vorrang des Nationalstaats. Aber Europas Feinde kommen nicht nur aus der rechten oder nationalkonservativen Ecke. In der Fraktion „Europa

der Freiheit und der direkten Demokratie“, zu der beispielsweise Ukip-Abgeordnete und Schwedendemokraten gehören, sitzen auch Mandatsträger der italienischen 5-Sterne-Bewegung. Stärkste Kraft in Griechenland wurde 2014 Syriza, das Bündnis der radikalen Linken, das stark euroskeptische Positionen vertritt und die EU in ihrer derzeitigen Konstitution ablehnt. Parteichef Alexis Tsipras polterte im Wahlkampf um das Präsidentenamt lautstark gegen die EU und versprach die Befreiung von der Brüsseler Knechtschaft.

Alle europafeindlich orientierten Parteien zusammen bringen es im Parlament auf einen Anteil von nahezu 20 Prozent. Das reicht zwar nicht, um auf europäischer Ebene die Richtung zu bestimmen, aber ihre Saat geht in den Nationalstaaten auf. Das hat das Beispiel Ukip in Großbritannien deutlich gemacht.

Tobias Roth

Im EU-Parlament sitzen zahlreiche europakritische Abgeordnete. Foto: EU-Kommission

ARTE-Filmnacht am 4. März



Freund oder Feind auf der Leinwand Das Ideal einer demokratischen Gesellschaft wird längst nicht mehr von allen geteilt: Populistische Parteien sind auf dem Vormarsch, das Vertrauen der Bürger in die Politik schwindet und die Bedrohung durch terroristische Anschläge rückt näher. Das ZAK präsentiert in Kooperation mit ARTE und dem ZKM | Karlsruhe

am 4. März die ARTE-Filmnacht. Ab 19.30 Uhr werden im ZKM | Medientheater Dokumentar-, Kurz- und Spielfilme gezeigt, die sich der Thematik auf unterschiedliche Weise nähern, darunter das erschütternde Drama „Wir sind jung. Wir sind stark“ (2014) über den Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen. Der Eintritt ist frei.



»» **WIR** zahlen
0€ fürs Girokonto.«

Jetzt mobil
eröffnen
mit Smartphone
www.sparda-bw.de/girokonto



Gemeinsam mehr als eine Bank

SpardaGirokonto

Das gebührenfreie Girokonto* mit Mobile Banking App.

Das SpardaGirokonto kostet 0,-€ Gebühren* und bietet Ihnen viele Extras, für die Sie nichts bezahlen! Wechseln Sie jetzt zur Sparda-Bank ganz einfach und bequem innerhalb weniger Minuten im Internet, per Smartphone oder in der Filiale und nutzen Sie unseren kostenlosen Kontoumzugsservice!

www.sparda-bw.de

Sparda-Bank

* Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder
bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.